

Beschert an jede in Ver- tag, Bestellungen nehmen sämtliche Postämter und Postboten entgegen.
Bezugspreis: in Nagold, durch d. Agenten, durch d. Post einschl. Post- gebühren monatl. 1.20,-
Einzelnummer 70 J.
Anzeigen-Gebühr für die einseitige Seite aus ge- wöhnlicher Schrift oder deren Raum bei einmaliger Einrückung 1.20,-, bei mehrmaliger Rabatt nach Tarif. Bei gerichtl. Beitreibung u. Konkursen ist der Rabatt hinfällig.

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt

Copyright 1922

Schulstr. 10, Nagold, durch d. Agenten, durch d. Post einschl. Post- gebühren monatl. 1.20,-

Freitag den 16. Juni 1922

Bereitete Zeitung im Oberamtsbezirk. — An- zeigen sind dabei von bestem Erfolg.

Hier wird, während die te- derzeit Wähler überlassen. Es wird kein Wahlrecht be- züglich der Wähler in be- stimmten Bezirken oder an der ge- wöhnlichen Stelle erhalten. In diesen Bezirken besteht Wahlrecht für Kandidaten auf Befehl der Regierung oder auf Wahlrecht d. Wählervereine.

Telegramm-Adresse: Gesellschafter Nagold.
Postfachkonto: Stuttgart 5113.

Nr. 138

Freitag den 16. Juni 1922

96. Jahrgang

Die „Clearing“-Konferenz

Von einem außenpolitischen Mitarbeiter

Die Konferenz von Genèva ist tot und beinahe schon ver- gessen. Die Haager Konferenz sieht noch nicht fest. Die Tagung des Worgan-Ausschusses ist abgebrochen. Was bleibt zu hoffen? Es mag nachgerade lächerlich wirken, wenn man sich von einer verachteten Konferenz auf die nächste verläßt. Und doch gibt es eine ernsthafte Hoff- nung: Die Clearing-Konferenz. Damit soll nicht die nach- haulig gegangene Bankierkonferenz gemeint sein. Sie hat allerdings zur „Klärung“ der Lage Außerordentliches be- tragen. Diese Finanzleute haben durch das denkwürdige Dokument ihres Berichts mehr geleistet als alle Diplomaten- arbeit der letzten Jahre. Aber das große, erlösende „Cle- aring“ steht noch aus. Dieser finanztechnische Begriff stammt aus England und bezeichnet den Abrechnungsverkehr zwi- schen mehreren Banken aus ihren gegenseitigen Wechsel- und Scheckforderungen. Auf die internationale Politik übertragen wäre Clearing der beste Ausdruck für die Rege- lung der Kriegsschulden der Verbündeten untereinander in Verbindung mit den deutschen Entschädigungszahlungen.

Der Bankier-Ausschuss konnte die Schuldenregelung der Verbündeten nicht erörtern, weil er für diese innere Ange- legenheit der Entente nicht zuständig war. Aber er hat in seinem Bericht keinen Zweifel gelassen, daß die Herabmin- derung der deutschen Zahlungen ohne die Abrechnung des Verbands nicht möglich ist. Das hat man sogar in Frank- reich eingesehen. Das französische Urteil über den Bankier- bericht findet sich nicht im Temps, nicht im Echo de Paris, dem Ratia und allen diesen Zeitungen, die wie berauscht sind von dem „Eleg“ des französischen Standpunktes, son- dern merkwürdigerweise in der Sonntagsnummer des „L'Espresso“, wo er von Jacques Roujon dargelegt wird. Der französische Vertreter im Anleiheauschuss, Sergent, wird dort zwar gelobt, daß er den Bericht nicht unterzeichnete, aber die unerbilligte Logik der Finanzleute, daß alles von der allgemeinen Regelung der Verbands-Schuldner ab- hängt, wird anerkannt. Ebenso gibt Herod in der „Victoire“ zu, daß Frankreich jetzt für die Ansicht des englischen Pro- fessors Keynes gewonnen werde.

Und kann man mehr verlangen als die Rede des belgi- schen Ministerpräsidenten de Broqueville, der sich plötzlich mit aller Schärfe gegen den Verfaller Vertrag wandte und erklärte, die Verfasser dieses Vertrags hätten ein Trugbild für Wirklichkeit genommen und dabei den Be- stand aller Verbündeten in Frage gestellt, um den Wahn- vorstellungen einiger Staatsmänner Genüge zu tun? Das war doch deutlich genug. Es bedarf nichts anderes, als was der deutsche Vertreter Bergmann im Anleiheaus- schuss durchgesetzt hatte: das ausdrückliche Anerkenntnis der Unmöglichkeit der Entschädigungsleistungen. Und wenn im „Daily Chronicle“, dem Organ Lloyd Georges, geschrieben steht, in England und Amerika könne die Frage der Ver- bands-Schulden nur erörtert werden als Folge einer befrie- digenden Vereinbarung in der deutschen Entschädigungs- frage, so ist das wiederum nichts anderes als der Ruf nach der Clearing-Konferenz. Vielleicht wird man sie auch die Weltbankierkonferenz nennen.

Von wem soll die Einladung dazu ausgehen? Die Ant- wort kann nur lauten: Von Amerika! Die Vereinigten Staaten sind der letzte Gläubiger am Ende der Schulden- fette. Wenn in Washington nicht das erlösende Wort ge- sprochen wird, wann und woher soll es kommen? Der Bankierbericht hat mit voller Ufficht angedeutet, worin das Interesse Amerikas am Kriegsschulden-Clearing begründet ist: in der Wiederaufnahme normaler Handelsbeziehungen und in der Festigung der Währungen. An anderer Stelle des Berichts wird auf die ungeheuren Summen flüssiger Geldes hingewiesen, die in der feiernden Wirtschaft Ame- rikas, Englands und der neutralen Länder brock liegen und sich die Jinken gerne in dem arbeitenden Deutschland suchen möchten. Diese wirtschaftliche Spannung wird stärker sein als der politische Eigensinn Frankreichs. Freilich will Ame- rika gebieten sein. Es fielen ihm schwer, aus eigener An- regung heraus zu kommen. Aber auch hier gibt der Bankier- bericht einen Wink: Deutschland soll „den Wunsch aus- drücken, seinen Verpflichtungen zu entsprechen“, nämlich wenn man ihm durch das große Clearing hilft. Die deut- sche Diplomatie steht vor neuen schweren Arbeiten. Es wird ein hartes letztes Ringen mit der Entschädigungskommission geben. Ohne Anleihe kein Abbau unserer Papiergeldflut. Ein neuer Marktsurz ist eingetreten. Die Zeit drängt. Auch die Weltbankiers warten nur auf eine neue Einladung zur Clearing-Konferenz.

Die Volksgemeinschaft

Nach dem Zusammenbruch der Jahre 1918/19 die be- drohten Grenz- und Auslandsdeutschen sich Pfingsten 1922 zum ersten Mal unter dem Gedanken der Selbsthilfe als „Deutsche Schutzbund“ im Reichstagsgebäude zusam- menfanden, standen sie unter der erdrückenden Last einer Not, deren Schwere nur durch die Gemeinsamkeit des Er- lebens eine erste Widerwerta erfuhr. Als sie zu Minister

1921, aus allen bedrohten Wevierten herbeigeleitet, in das süd- liche deutsche Grenzland kämten, das ihnen sehr- sichtig seine Arme entgegenstreckte, da erlebten sie schon wäh- rend dieser Fahrt, daß sie eine Einheit gemeinsamen Wo- l- lens geworden seien. Und als sie jetzt zu Pfingsten 1922 nach dem abgebrochenen Ostpreußen führen, da war aus dem Erlebnis gemeinsamer Not und gemeinsamen Willens bereits das Erlebnis gemeinsamen Könnens geworden. Größer denn je war die Zahl der vertretenen Gebiete des Grenz- und Auslandsdeutschtums. Die europäischen waren wohl sämtlich vertreten, von den ehemals russischen Rand- staaten, dem Wolgagebiet und der Ukraine bis nach Ost- preußen, der Saar und der Maas, von den südlichen Alpen bis zum Belt hinauf, und aus Süd- und Nordamerika kamen Grüße, die dartaten, daß auch dort der Gedanke der deutscher Volksgemeinschaft aufs neue Wurzel geschlagen hat und daß man zu gemeinsamer Arbeit neue Wege sucht.

Dieses Erleben der Volks-einheit in allen ihren weit- verzweigten, sich bislang kaum dem Namen nach bekannter Gliedern und Stämmen ist vielleicht das stärkste, unmittel- bare Ergebnis auch der diesjährigen Schutzbundtagung ge- wesen. Seine Echtheit aber hat sich gerade an Ostpreußen selber bewährt. Vom feindlichen Ausland — besonders in Polen — vermutete man, daß in Allenstein und Marienburg eine heimliche Verschwörung geschmiedet und wildes Rache- geschrei ertönen werde. Aber nichts von alledem geschah. Was auf der Tagung der Grenz- und Auslandsdeutschen in Ost- und Westpreußen gesprochen worden ist, hat jeder hören dürfen. Republikaner oder Monarchist, Pole, Franzose oder U.S.-P.-Mann. Und wenn mancher Ostpreuße sein freudig- er Erstaunen ausgedrückt hat, daß auf dem heißen Boden Königsberg eine Riesensammlung von vielen Tau- sendten die Gäste aus allen Teilen des deutschen Siedlungs- gebietes begrüßt hat und daß dabei alle Parteien, die Spitzen der Verbände u. Führer der Verbände einmütig vor diesen Gäs- ten den Glauben an die deutsche Volksgemeinschaft bekann- ten haben, ja, daß nicht ein leiser Widerspruch — oß, zum 1. Mal — diese wirklich rein nation. Königberger Volksfeier störte. — so ist es ein Beweis für die Echtheit, die Richtigkeit jenes von den bedrohten Grenzen auferlandenden Gedankens der Volks- gemeinschaft, auf dem alle Schutzbündarbeit ruht.

Und als in Allenstein das ganze Volk sich zu einem Fest vereinte, das Ostpreußens Entstehung aus der Koloni- sation aller anderen deutschen Stämme zeigte, als ein Fest- spiel die Zeiten der Ordensritter lebendig machte, als aus der Wald heraus die weißen Mäntel mit den schwarzen Kreuzen auf der Schulter hervorbrachen und alle Urkunden zur Grün- dung erster deutscher Städte, erster Keimzellen christlicher Kul- tur und Sittlichkeit verlesen wurden, da erlebten der Siedeburger Sachse, der Ostpreuße, der Nordschleswiger, der Sü- detendeutsche und alle die anderen, daß hier Blut von ihrem Blut und Geist von ihrem Geist fruchtbar gewesen sind durch die Jahrhunderte.

Abtschluß und Befestigung aber fand dieses Erleben, als am Dienstag nach Pfingsten im großen Remter der Ma- rienburg der Schutzbund eine letzte Sitzung veranstaltete und zum ersten Mal ein Deutsch-Ostpreußer in den geheilig- ten Räumen dieser Hochburg deutscher Kultur- und Staats- mission zum Volk Ost- und Westpreußens sprach. Auf ihm, dem Ostpreußer, lag die Bedeutung dieses historischen Augenblicks wie eine schwere Last der Verantwortung, und es kam dann heraus aus ihm wie ein Ruf eines lange, lange Jahre hindurch Mißachteten, Verstoßenen, Verlangten, der all die Zeit hindurch, wo wir in Deutschland kaum wußten, daß die deutschen Alpenländer auch wir ein Volk sind, ver- gebens gegen slawische Bedrückung und Uebergrimmung gerungen und vergebens an unsere reichsdeutschen Tore ge- klopf hat. Was nützt es heute, die Schuldfrage zu erörtern? — Und als ein wunderbarer Chor aus dem Lied: „D heißt er weiß, reißt bei uns ein“ zum Schluß das „Woh auf, es naht der Tag“ sang und diese beiden wahren deutschen Pfingstlieder in den schlanken Gewänden des Remters ver- sangen. — da schloß die Schutzbundtagung der in Not be- findlichen Grenz- und Auslandsdeutschen wie ein wahrer nationaler Gottesdienst.

Zur Kriegsschuld Frankreichs

Das russische Staatsarchiv ist eine kostbare Fundgrube von Aktenstücken, die zur Enträtselung und Entschärfung der politischen und diplomatischen Vorgänge vor dem Krieg dien- ten. Leider sind bei weitem nicht alle derartigen Dok-umente, deren Veröffentlichung im Interesse der wahrheits- gemäßen Darstellung der Politik jener Zeit so dringend wünschenswert wäre, ans Tageslicht gekommen, aber was man in Petersburg entdeckt hat, reicht schon hin, um sich ein Bild von den Umtrieben zu machen, durch die Deutschland

mit seiner, — man möchte fast sagen — lächelhaften Diplo- matie besonders unter einem Bethmann Hollweg sich ins Reich locken ließ. Frankreich und England hüteten sich wohl, die Geheimnisse ihrer Auswärtigen Ämter zu öffnen, während Deutschland in fast zu offenergeiger Weise seine Kassen bis auf das letzte Lächeln hinaus der Einsicht aller Welt freigegeben hat und nun allerdings auch mit Befrie- digung feststellen kann, daß die deutsche Politik von 1871 bis 1914 ausschließlich auf die Erhaltung des Weltfriedens ein- gestellt war. Wie wenig das bei der sogenannten „Entente“ der Fall gewesen, lassen unter anderen Zeugnissen die Be- richte der russischen Botschafter in Paris an ihre Regierung in Petersburg erkennen, wobei zu bemerken ist, daß damals in Frankreich die radikal-sozialistische Richtung am Ruder war, zu deren Mitgliedern ja eigentlich auch die jetzigen Nachhaber wie Clemenceau, Millerand, Briand, Poincaré, Lardieu, Pelain, Violani, Barreres usw. gehörten, nur daß sie heute unter anderer Flagge segeln.

So berichtete der Botschafter Kelludoff unter dem 31. März 1910, zu einer Zeit wo Frankreich an Rußland be- reits 11 Milliarden Francs zu Kriegszwecken, zum Bau von militärischen Aufmarschbahnen usw. ausgeliehen hatte und nun die Sorge um die französischen Rentner und Spar- er die Pariser Politiker gegenüber Rußland äußerst ge- fäßig machte, folgendes: „Ein Clemenceau, der uns (Rußen) täglich in seinem Blatt mit Rot beworft, bot uns bei seinem Amtsantritt als Minister des Innern sofort seine er- gebenen Dienste an und teilte mit, daß die französische Polizei alle russischen Verschwörer und Anarchisten sorg- sam überwachen werde. Alle französischen Minister finden die politische Hege gegen Rußland wegen Polen, Finnland und der Judenfrage äußerst lästig und bedauerlich.“

Aus den Geheimberichten seines Nachfolgers, des Bot- schafters Iswoltski, spricht dieselbe Verachtung der Neu- chelei der französischen Politiker. Er fand das damalige Kabinett Monis zuerst für Rußland unbefriedigend. Aber am 3. März 1911 meldet er bereits nach Petersburg: „Mi- nister Cruppi war bei mir und demütigte sich, die radikale Richtung des Kabinetts als bloßes innerpolitisches Manöver hinzustellen. Vor allem handle es sich um das Ansehen Frankreichs nach außen, und da müsse das Bündnis mit Rußland in ungeschwächter und herrlicher Art ausgebaut werden.“ — Sofort nach Cruppi kam Delcassé ange- segelt: Delcassé erklärte mir wörtlich: „Als Marineminister verbürge ich Ihnen (Iswoltski) den denkbar stärksten Aus- bau der Flotte, und ich kann auch versichern, daß betreffs Auorüstung und Schlagkraft der Landstreitkräfte das neue Kabinett eine verdoppelte Tätigkeit einsetzten wird.“ — In einem Bericht vom 14. März desselben Jahres meldet Is- woltski: „In neuerlichen Besprechungen mit Monis und Caillaux erhielt ich bestimmte Zusicherungen der unbedingtesten Treue zum Bündnis mit Rußland. Delcassé hat mir gesagt, daß trotz der Berufung von „Jovillien“ in Ma- rine und Kriegsministerium die ausschlaggebende Verwal- tung ganz in den Händen der Militärs verbleibt.“ Am 6. Juni 1911, nach dem tödlichen Unglücksfall des Kriegsmini- sters Berteaux (einstiger Börsenagent, der auf dem Flug- platz im Bois verunglückte), schreibt Iswoltski über die Be- rufung eines Generals als Kriegominister: „Dieser Entschluß des Präsidenten wird im Kabinett bekräftigt werden, aber Monis, von Caillaux, Delcassé und Cruppi unterstützt, beriet den General Solrand, dem aufgetragen wurde, zum Chef des Generalstabs den General Dubail zu wählen.“

Wir sehen schon an diesen wenigen Beispielen die Ro- mddie der Regierungspartei, die sich dem Volk als Pazifisten vorstellte, während sie in Wirklichkeit alles tat, um Frank- reich auf den Krieg vorzubereiten. Noch interessanter wird aber das Lesen dieser Geheimakten, wenn Iswoltski auf das Treiben der Finanzkreise zu sprechen kommt. Die ab- geseimten Abmachungen betreffen Waroffo, Kleinmann, Per- sien, das Konsortium für die chinesische Anleihe und derglei- chen mehr zeigen die Regierung völlig in den Händen der Hochfinanz. Am 11. April 1912 schreibt Iswoltski: „Poi- ncaré gesteht, daß in der Frage der chinesischen Anleihe dem Bankentonsortium eine gar zu große Bewegungsfreiheit ein- geräumt wurde, und daß Rußland berechtigt ist, wenn es sich besonders über die Vorrechte der amerikanischen Finanz aufregt. Poincaré versprach mir, diese Frage zu studieren und ist überzeugt, daß nur ein gemeinsames Vorgehen mit Frankreich uns zum Vorteil gereichen kann. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß die französische Regierung gegenüber den Banken sehr abhängig ist, und daß es sehr häufig nicht die Banken sind, die sich in den Händen der Regierung be- finden, sondern umgekehrt.“

In welcher Art Iswoltski der Pariser Presse tributpflichtig wurde, sei ebenfalls an einigen Beispielen erläutert. Seit 1910 verlangt Iswoltski in jeder zweiten Denkschrift, die es



nach Petersburg sendet, in sehr energischer Art eine besondere Summe für Speisung der französischen Presse. Und er scheint sich auch nicht, offen darauf hinzuweisen, daß die Herausgeber der großen Pariser Blätter gleichzeitig den österreichischen, italienischen und türkischen Vorkämpfer brandstifteten, welche letztere sich zum Verbruch Jasmolny viel freigebiger zeigten als der Vertreter des Jaren. In einem Brief vom 17. August 1911 an Keratoff benachrichtigt er ihn, daß er wegen des bevorstehenden deutsch-russischen Abkommens in Persien alle Maßregeln getroffen hat, um schädliche Presseausfälle zu verhindern, und daß es ihm gelungen sei, vor allem den „Matin“ und das „Journal des Debats“ zu gewinnen: „Sie wissen ja,“ schreibt er, „wie schwer es ist, sich mit der hiesigen Presse zu verständigen, wenn man nicht über sehr bedeutende Geldmittel verfügt. Ich weiß noch nicht, ob es mir gelingen wird, die anderen großen Blätter zu orientieren“, vor allem den „Temps“, wofür ich Tardieu absichtlich gegen unsere Interessen hegt.“ In einem zweiten Briefe an Keratoff, vom 19. August 1911, geht er: „Ich habe gleichzeitig an unseren Finanzminister Kotozoff die dringlichste Bitte gerichtet, mich wegen der bevorstehenden internationalen Krise ausreichend mit Mitteln zu versehen, um auf die Pariser Presse einzuwirken. Dies ist unbedingt notwendig, denn die Pariser Blätter gehorchen nur Beweisen in klingender Münze. Ich muß bei dieser Gelegenheit auf die ausschlaggebende Wirkung erinnern, die gelegentlich der bosnischen Krise Aehrenbäcker, der österreichisch-ungarische durch eine beinahe schrankenlose Befreiung der Pariser Presse ergab.“

In einer Depesche vom 12. Oktober 1911 lesen wir: „Am Beispiel für die Vorteile, die man durch Befreiung der hiesigen Presse erzielt, ist die Affäre von Tripoli. Ich weiß, daß Tisoni die wichtigsten Pariser Blätter in nachdrücklicher und freigelegter Art bearbeitet hat. Die Ergebnisse sind jedermann klar.“

Ständlicherweise ließ sich der russische Finanzminister Kotozoff erweichen, und im Augenblick der Balkankrise verfügte Jasmolny über die ausgiebigsten Mittel, die von Bonzari und den übrigen Ministern in zweifelhafte Weise erteilt wurden. Und es ereignet sich das Wunder, daß ein Andre Tardieu noch einmal derart österreichfeindlich wurde, daß Graf Berchtold beim Auswärtigen Amt in Paris vorstellig werden mußte. Jasmolny gesteht, daß er sich genötigt sah, im „Matin“ und „Temps“ zu bremsen, denn die Sympathie dieser zwei Blätter für die Balkanstaaten war so glühend geworden, daß sie Russland beinahe lästige fielen.“

Kunerkennung. Wenn man diese Berichte liest, so wird es, was ja allerdings längst kein Geheimnis mehr ist, wieder mit erschreckender Deutlichkeit klar, wie und mit was die Politik gemacht wird. Zur Politik gehört, wie — nach dem jenseitigen Herrn Montecuccoli — zum Kriegsführen, Geld und wieder Geld, daher wird die eigentliche Politik eben auch gemacht, wo das Geld ist. Freilich würde es verfehlt zu glauben, daß nur Paris ein solches politisches Sumpfland ist; so ist es allüberall auf der Welt, im Großen und Kleinen. Man wird es aber auch verstehen, daß eine Zeitung, die sich und ihre Leser von dem geschilderten Getriebe von Lug und Trug rein erhalten will, die sogenannten „politischen Nachrichten“ nur mit größter Vorsicht und strenger Auswahl wiedergeben kann. Oft ist es schwer und nur auf Grund langer Erfahrung möglich, die versteckte Absicht dieser Nachrichten zu erkennen.

Aus Stadt und Bezirk.

Ragold, den 15. Juni 1922.

Dienstnachricht. Durch Entschliebung des Herrn Staatspräsidenten ist eine Lehrstelle an der evangelischen Volksschule in Bötzingen a. F. A. O. Stuttgart dem Hauptlehrer Scharr in Pfondorf O. R. Ragold übertragen worden.

Politische und wirtschaftliche Tagesfragen.

In die gegenwärtige Stille unserer deutschen Politik, in das Schaffen des tiefen Alltags drach am gefrigen Abend der wirft Arbeit und Ernährungsminister, Herr Reil, durch einen längeren Vortrag eine Welle. Herr Dr. Jig. Hoffmann der sozialdem. Ortsgruppe Ragold, die den Vortrag veranlaßt, begrüßte die zahlreich Anwesenden mit kurzen Worten und gab sodann Herrn Minister Reil das Wort, der in stark stündiger Rede eine Fülle von Fragen behandelte und eingehend seinen Standpunkt vertret. Eine längere Diskussion, die dem Vortrag folgte, behandelte die Versammlung ebenfalls in die Länge, jedoch sie erst nach 12 Uhr geschlossen werden konnte.

Ausgehend vom Diktat der Entente vor 4 Jahren mit ihrem Machtspruch, von der Gewaltanwendung überhaupt, schloß der Referent zunächst die Folgen derselben mit dem Hinweis darauf, daß diese Gewalt eben nur durch Vernunft und nicht durch neue Kriegshetzei oder durch starken Widerstand zu brechen sei, wie es durch die Parteien der Rechten gepredigt werde. Auf Grund dieser Lehre verständigt er die Stellung seiner Partei bei Anlaß der einschneidenden politischen Begebenheiten, insbesondere bei der Unterzeichnung des Friedensvertrags und des Londoner Ultimatum. Das deutsche Volk aber sei durch die äußerste Rechte zerklüftet worden durch gemeinliche Mittel (Rugel und Gift). Die Rechte mache sich das Recht an, sich als alleinige Vaterlandskämpfer aufzuspielen. Ludendorff und der ehem. Kaiser Wilhelm aber hätten ihre Geistesobjekte gegen goldene Dollars und sitzende Schillinge an das Ausland abgetreten. Sodann verwahrt er sich gegen den Vorwurf, daß unsere gegenwärtigen ungeliebten Zustände zurückzuführen seien auf die Revolution und unklugen Minister. Keine großen Uebelstände gebe es ohne große Wirkungen. Ein Diktand hätte den Ausbruch dieses Krieges unter allen Umständen zu verhindern gesucht. Er ging dann auf die Ursachen des militärischen Zusammenbruchs ein, der nach Anspruch großer Militärs bereits schon nach der Marne-Schlacht Lausache war.

Der Zusammenbruch sei das Ergebnis des Erschöpfungs-Kampfes gewesen, und die Revolution der einzige Ausweg, denn ohne sie wäre Deutschland heute verloren. Der verlorene Krieg aber werde von zahlreichen deutschen Politikern nicht so sehr in Rechnung gestellt, weil doch die Vernunft siegen müsse. Er schildert dann die mutmaßlichen Folgen der Nichtunterzeichnung des Vertrags von Versailles in der Besetzung, große deutsche Flüren, Städte und Dörfer wären durch die „Schwarze“ Besetzung wohl in Flammen aufgegangen, Unruhen, Chaos entstanden. Die Kreise, die eine Besetzung in Kauf nehmen wollten, seien interessiert an Fusionen. Das kleinere Uebel hätten wir durch die Unterzeichnung auf uns genommen. Die Parteien der Rechten würden bei der Regierungsbildung nur die jegliche Politik fortsetzen können. Langsam müßten wir uns wieder einen Ausweg erkämpfen. Dieser Ansicht sei auch jeder Deutschenfreund des Auslandes. Die Regierung des Reichs sei bei Durchführung dieser Aufgabe auch nicht ganz erfolglos gewesen. Trotz dem jähren Widerstand Frankreichs hätten sich unsere ehemaligen Feinde doch bequemt, ihre Entschädigungsforderungen zu revidieren oder zu stunden. Der Minister kritisiert dann die Genue-Verhandlungen und betont, daß trotz des Vorbehalts der Behandlung des Reparationsproblems gerade diese Frage überall bei Gesprächen behandelt worden sei. Auch der selbständige Abschluß des Rapallovertrags sei ein Fortschritt Deutschlands, wenn er auch nicht überschätzt werden dürfe. Auch die Abmachungen mit der Reparationskommission stellen einen Fortschritt dar, wenn auch freilich die Anleiheverhandlungen nicht gelückt seien. Die Regierung habe schwere Monate vor sich. Heftig lobte darüber, daß die Anleihe nicht zu stande kam. Nach seiner (Heftig) Auffassung müßten wir der Entente mehr Widerstand entgegensetzen. Den Sturz der Mark habe neben dem Versailler Vertrag die Börsenspekulation verschuldet, auch die mangelhaften Vorsehrungen unter Fehrenbach-Simon. So habe die Regierung durch den Antritt anlässlich des Londoner Ultimatum vor einem Nichts gestanden. Das Großkapital als Hüfnier der Markmähnung wolle keinerlei Opfer bringen. Die Verschleudrung großer wirtschaftlicher Werte ins Ausland sei ein Vorteil unserer Exportindustrie, daher das Verlangen einer Ausfuhrabgabe. Von einschlägigen Großindustriellen sei ausgegangen worden, daß bis 25% vom Wert abgegeben werden könnten. Es sei auch nicht, die Einfuhr einzuschränken bei der heutigen Entwertung der Mark. Die Rehrseite der Politik des Widerstands sei die geringste Lenkung im Lande. Wenn sie auch eine Folge des Versailler Vertrags sei, so sei sie doch genötigt durch die Monopolstellung der Landwirtschaft. Die Zwangswirtschaft, die er unter diesen Umständen deklamieren müsse und die zu früh aufgehoben worden sei, sei kein Produkt der Republik. Er müsse eingestehen, daß er als Minister eines kleinen Landes angestanden sei, die Preiswerke anzuhalten, wenn es auch besser als jetzt von Seiten der Reichsregierung immerhin möglich sei. Die Getreidemenge dieses Jahr anzuhalten sei verfehlt; große, mehrfache Erhöhung der heutigen Getreidepreise werde die Folge sein. Nach den Bestimmungen der neuen Vorlage soll es den einzelnen Ländern überlassen bleiben, landw. Betriebe bis zu 5 ha von der Umlagepflicht auszuscheiden. Wenn es richtig sei, daß der Unterschied des Preises für Umlagegetreide gegenüber dem des freien Getreides 18 Milliarden Mark betrage, erhebe sich die Frage der Arbeiter nach dem Recht der Weltmarktdöhne. Der Referent behandelte noch die Milchpreisfrage, die nach seinen Erklärungen nicht das leptomale behandelt werden wird, die Fleisch- und Jutesfrage. Die Regierung habe in diesen Fragen keine Macht zum Eingriff, da die Bewirtschaftung freigegeben sei. Der Metallarbeiterstreik sei ein Unglück gewesen für unser Volk. Gegen die Behauptungen der Kleinpartei der Arbeiter konnte der Minister mit gutem Material dienen.

Herr Prof. Bauer schloß sich in der Diskussion dem Referenten an und tritt im übrigen für die Bestrebungen des von ihm geleiteten „Bundes gegen Zerstörung u. Wucher“ ein und bittet den Minister, die Bestrebungen zu unterstützen und zu befürworten.

Herr Studentrat Gores ist überzeugt, daß der Redner so ganz als Parteimann gesprochen hat und hätte einen besseren Ton in der Behandlung der Rechtsparteien gewünscht. Mit den Fragen Schuld und Unschuld können wir nicht zum Ziel. Wenn die Rechte den Krieg verloren habe, so solle er zugestehen: Die Arbeiterschaft habe den Frieden verloren. In der Frage, ob unterschieden werden mußte oder nicht, seien beide Standpunkte begründet. Solange der Franzose die Macht behalte, könne man mit guten Worten nichts erreichen. Nur das starke Volk werde geachtet.

Min. Reil erwiderte auf die Ausführungen von St. R. Gores: Wenn alle Rechtspartei so wären, wenn die Politik des guten Tons immer angewandt würde, könnte der geistige Kampf friedlicher gehen. Er verliest einige Zeitungsnutzen, wozin Gef. und Aufmunterungsaufreife zu gewalttätiger Beteiligung von ihnen unklugem Führern enthalten sind. Die Rechtsparteien hätten Krieg und Frieden verloren. Redner weicht sich dann noch gegen die Anklage, die Linksparteien hätten zu gegebener Zeit die Konjunktur ausgenutzt u. sagt, die einzige Rettung 1918 sei die Sozialdemokratie gewesen. Der Minister schloß mit dem Versprechen, zu tun was in seinen Kräften stehe um der Rot zu fernern und die Verbraucher zu unterstützen. Der Vorf. Jig schloß die Versammlung mit Dank an den Referenten und die Anwesenden.

Die Feuerversicherung. Die vielen Brände, die wieder durch Blitzschläge hervorgerufen werden, rücken die Frage nahe, ob die bestehenden Versicherungen den heutigen Geldverhältnissen entsprechen. In sehr vielen Fällen wird die nicht zutreffen. Man scheut die hohen Zahlungen, ohne zu bedenken, welcher Schaden erwächst, wenn ein Brandverlust entsteht, der nur nach alter Werthöhe gedeckt ist. Wenn z. B. eine Wohnungseinrichtung durch Feuer zerstört wird die vor 10 Jahren 10 000 M kostete und dementsprechend versichert war, so richtet sich die Entschädigung nach diesem Betrag. In Wirklichkeit beträgt aber der Wert der Einrichtung nach heutigen Geld vielleicht 120 000 M oder mehr und so viel muß aufgebracht werden, wenn eine ähnliche Einrichtung angeschafft werden soll. Würde man von der Einrichtung die Hälfte zerstört, so würde von der Versicherung auch nur die Hälfte der Versicherungssumme, also 50 000 Mark entrichtet. In jedem Fall ist der Verlust bei ungenügender Versicherung groß.

Vom Tabakbau. In den ersten Kriegsjahren ist der Tabakbau in Bayern, Württemberg, Baden und Hessen durchschüttelt um zwei Fünftel bis zur Hälfte zurückgegangen, seit 1916 hat der Bau in ganz Süddeutschland aber wieder sehr stark zugenommen, und zwar hat sich die Zahl der Pflanzler im Jahr 1920 gegenüber 1915 in Baden verdoppelt, in Bayern ist sie um das 30fache, in Württemberg um das 25fache und in Hessen um das 25fache gegenüber 1916 gestiegen. Im Jahr 1921 hat sich die Zahl der Tabakpflanzler in ganz Süddeutschland wieder um 200 000 verringert und auch die Anbaufläche ist in diesem Jahr erheblich kleiner geworden. Der Tabakbau aus Liebhaberei scheint also größtenteils aufgehört zu haben. Hinsichtlich der Anbaufläche und der Zahl der Pflanzler steht Baden unter den süddeutschen Ländern an erster Stelle.

Bezug von Düngemitteln. Die Landwirte werden amtlich wiederholt aufgefordert, ihren Kalibedarf möglichst noch vor Ablauf des Monats Juli einzudecken, da jetzt die nötigen Eisenbahnwagen zur Verfügung stehen und bis Ende Juli eine Frachtermäßigung von 30 Prozent wirksam ist, die später auf die Hälfte herabgesetzt wird. Das Kalkpulver wird beim Sommerbezug ebenfalls einen Preisnachlaß gewähren.

Der Sommer-Sonderzug Stuttgart—Berlin, der am 14. Juni abgehen sollte, konnte wegen zu geringer Beteiligung nicht ausgearbeitet werden.

Luftkrieg, 15. Juni. Westen nachmittag traf der 1. Stadtflieger, Horst Hoyer aus Kaiserbach O. R. Wilhelm mit seiner Gattin hier ein. Zum Empfang hatte sich der gesamte Kirchengemeinderat und 2 Vertreter der Gemeinschaft am Bahnhof eingefunden. Am kommenden Sonntag findet die Investitur durch Dekan Otto statt.

Wildberg, 15. Juni. Heute traf der neue Stadtkonstand Herr Dr. Eggert hier ein und wurde am Bahnhof freundlich empfangen und unter allgemeiner Beteiligung in sein Heim geleitet.

Regeln für Bergwanderer

1. Rüste dich ordentlich aus, schlechte Ausrüstung kann dir das Leben kosten.
2. Achte auf das Wetter.
3. Hinterlasse zu Hause klare Nachrich über Weg und Ziel deiner Wanderung und Zeit der Rückkehr, trage dich unterwegs in Hütten- und Fremdenbücher ein.
4. Gehe nicht allein.
5. Ueberanstrengung dich nicht, berücksichtige deine Körperbeschaffenheit und Uebung.
6. Laß dich nicht von Ruhelosigkeit und Eitelkeit zu Leistungen verleiten, denen du nicht gewachsen bist; nicht alles schickt sich für alle.
7. Kehre rechtzeitig um.
8. Bedenke die Mühen und Gefahren, denen die alpine Rettungsmannschaft und andere hilfsbereite Menschen sich unterziehen müßten, wenn du durch Unvorsicht oder Leichtsin in Gefahr oder zu Schaden kämest, und an die großen Kosten der Rettungsarbeit.
9. Bleibe im urbaren Gelände auf den Wegen.
10. Störe die Bergruhe nicht durch Schießen, Schießen, Steinwurf.
11. Laß niemals und nirgends Steine ab, weil du sonst leicht Menschen und Weidener schädigen könntest.
12. Schone die Umgebände, Heuschuppen, Wasserleitungen und Säune.
13. Störe die Jagd nicht, bedenke den großen Aufwand des Jagdbetriebes für Wege, die auch dir zugute kommen, offensbare Uebergriffe von Jägern brauchst du dir aber nicht gefallen zu lassen.
14. Erneuere die Mitgliedskarte bei deinem Wanderverein für das laufende Jahr, gebüßt du nach keinem solchen Verein an, so tritt sofort einen solchen bei, damit du dein Scherlein für Herstellung und Erhaltung der Weg- und Hüttenanlagen beiträgt.
15. Betrachte die Wege und Schutzhütten als gemeinnützige Schöpfungen, die jeder Berggänger schützen sollte.
16. Bedenke wahrgenommene Mängel und Gebrechen an solchen Anlagen oder verlässliche wenigstens den bezüglichen Verein.
17. Besorge in Schutzhütten genau die Hüttenordnung und sei äußerst vorsichtig mit Licht und Feuer, denn auch geringste Unvorsichtigkeit kann zum größten Schaden führen; abgebrannte Schutzhütten könnten in absehbarer Zeit nicht mehr aufgebaut werden.
18. Unterstülze die Hüttenwirtschaftler und Vertreter der Vereine bei Aufrechterhaltung der Hüttenordnung und beim Schutz der Anlagen als freiwilliger Mitarbeiter.
19. Zünde im Waldbereich kein Feuer an, wirf keine brennenden Zündhölzer und Zigarettenstummel weg; denke der großen Schäden, die durch derartige Unvorsichtigkeiten schon entstanden sind.
20. Laß das Weidvieh in Ruhe.
21. Schone und schütze die Alpenpflanzen.
22. Sei mäßig, am besten ganz enthaltsam bei berouschenden Getränken, entweiche die Berge nicht durch Saufgelage.
23. Achte in der Kleidung auf das Anstandsgefühl der Mitmenschen. Lauf nicht halbnaht in bewohnter Gegend, auf vielbegangenen Wegen, in und bei Schutzhütten und Bergwirtschäusern herum.
24. Menge dich nicht in die Angelegenheiten der Gebirg, wirf dich nicht zum Weltverbesserer auf, laß deine Reformpläne zu Hause, überlasse Aufklärung und Volksbildung den hierzu bestimmten Anstalten, Einrichtungen, Körperschaften und Personen.
25. Handle als denkender Mensch, der auch im Gebirge kein rücksichtsloser Wilderling sein darf.
26. Bergere dich nicht über dieses Viertelhundert Wanderregeln. Hast du sie ohnedies schon befolgt, so sagen sie dir nichts Beschwierliches. Sind sie dir noch neu, so wirst du dich bei gutem Willen rasch damit befreunden, denn sie sind eigentlich selbstverständlich.

Württemberg.

Freudenstadt, 15. Juni. Vom Rathaus. Auf ein Stagesuch des Gemeinderats an das Finanzministerium waren eines Betrages in den Kosten eines Volksschulneubaus stellte letzteres mit, daß für 1922 7 Millionen Mark staatlicher Zuschuß vorgesehen seien unter der Voraussetzung, daß die Stadt künftig die gesamte Baukosten des Staates an der Volksschule übernimmt. — Der Errichtung einer 7. Klasse an der Realanalt stimmte der Gemeinderat zu, ebenso der Abhaltung des Rinderfestes nur in jedem 2. Jahr. Ferner wurde der Gaspreis auf 5 20 M für das Cbm. erhöht.

Freudenstadt, 15. Juni. Die Geldentwertung. Durch einmündigen Beschluß hat der Gemeinderat den Bürgermühen von 25 Mark auf künftig 100 Mark erhöht. Gleichzeitig wurde auch das Einlandsgeld (bisher 135 Mark) um das Vierfache erhöht.

Kottensburg, 15. Juni. Vermitt. Die 34 Jahre alte Arbeitslehrerin Marie Kuffler vom Kellingsheim wird seit

gafahren ist der
und Helsen durch
rückgegangen. Seit
aber wieder sehr
ahl der Pfleger
verdoppelt, in
emberg um das
über 1916 gestie-
Tabakpflanzen in
ringert und auch
kleiner geworden.
größtenteils auf-
e und der Zahl
chen Ländern an
erte werden amt-
er möglichst noch
da lebt die nöl-
t und bis Ende
wirksam ist, die
Das Kalifornien
Preisnachschuß ge-
Berlin, der am
ranger Befelli-
ng traf die neue
Kaiserbach O.N.
in Empfang hatte
Vertreter der Ge-
ommenen Sonn-
nat.
ene Staatsorstarb
bahnhof freundlich
ang in sein Heim
er
Ausrüstung kann
Bettler. 3 Hinter-
und Ziel deiner
dich unterwegs in
he nicht allein.
ge deine Körper-
nicht von Ruhm-
e, denen du nicht
7. Kehre recht-
fahren, denen die
abereite Menschen
Unverstand oder
neht, und an die
leibe im urbaren
grube nicht durch
nimals und nix-
schen und Weide-
lmgebäude, Heu-
Stöde die Jagd
agdbetriebes für
andere Liebergriffe
gefallen zu lassen.
dem Wanderverein
an solchen Verein
du dein Scherzlein
nd Hüttenanlagen
hühnhütten als ge-
reggänger schlüpfen
gel und Gebrechen
glens den begün-
n genau die Hüt-
Bst und Feuer,
n zum größten
n können in ab-
n. 18. Unterzüge
Bereine bei Auf-
n Schutz der Weg-
Zände im Wald-
enden Zündhölzer
großen Schäden,
n entstanden sind.
one und schüße die
n ganz enthaltlos
Berge nicht durch
auf das Anstands-
nakt in bewohnter
nd bei Schutzhütten
e dich nicht in die
nicht zum Welt-
u Hause, überlasse
u bestimmen An-
und Personen.
im Gebirge kein
Aergere dich nicht
n. Hast du sie
nichts Bescherwe-
du dich bei guten
nd eigentlich selbst-

dem 5. Juni vermisst. Sie hat sich an diesem Tag von ihrem
älteren Hause entfernt.
Böhringen, 15. Juni. Teure Dachschin-
deln. Bei dem letzten Tage hier abgehaltenen Holzverkauf
wurden für zwei Meter Scheiter, ungefähr zwei Drittel
Schindelholz, 2020 .K bezahlt. Somit würde der Bund Dach-
schindel auf 60 .K kommen ohne Arbeitslohn.
Stuttgart, 15. Juni. Anerkennung als Kranken-
pflleger. Nach einer Bekanntmachung des Ministeriums des
Inneren können Personen, die seit mehr als 5 Jahren in
bestehender Weise Krankenpflege als Privatpflleger (Pfle-
gerin) oder in Anstalts- oder Gemeinbedienstung ausgeübt haben,
unter gewissen Voraussetzungen ohne Prüfung die staatliche
Anerkennung als Krankenpfllegerperson erwerben. Dabingehende
Anträge müssen bis spätestens 30. Sept. d. Js. bei dem Mini-
sterium des Inneren gestellt werden.
Stuttgart, 15. Juni. Von der Württ. Landwirt-
schaftskammer. Der Vorstand hielt dieser Tage eine
Sitzung, in welcher der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr
1922-23 beraten wurde. Die nächste Hauptversammlung
wird am 5. bis 7. Juli in Stuttgart stattfinden. Für den
Nachmittag des 6. Juli ist die Besichtigung der landwirt-
schaftlichen Anstalt Hohenheim in Aussicht genommen.
Auf der vom 22.-27. Juni in Nürnberg stattfindenden
Ausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft werden
von Württemberg Schafe, Schweine und Geflügel ausge-
stellt werden. Die Landwirtschaftskammer wird eine große
Anzahl Getreide- und Kartoffelsorten aus den einzelnen Gaa-
bawirtschaften zur Ausstellung bringen. Auch aus dem Ge-
biet des württ. Futter-, Tabak- und Hopfenbaus wird sehr
viel Interessantes gezeigt werden. Die Saatgutkontroll-
station Hohenheim wird in Verbindung mit den Saatgutkontroll-
stationen der Kreise die Leistungen und Fortschrittsmöglichkeiten
auf dem Gebiete der württ. Saatgut vor Augen führen.
Stuttgart, 15. Juni. Württ. Landestheater. Das
Württembergische Landestheater eröffnet in der nächsten Spielzeit für
auswärtige Besucher eine Sondermiets für 16 Aufführungen,
die an folgenden Samstagen stattfinden werden: 7. und 21.
Oktober, 4. und 18. November, 2. und 16. Dezember 1922, 27.
Januar, 10. und 24. Februar, 10. und 24. März, 14. und
28. April, 12. und 26. Mai und 9. Juni 1923. Zur Auffüh-
rung kommen acht verschiedene Opern und acht verschiedene
Schauspiele, und zwar alle im Großen Haus. Der Beginn
wird so zeitig angesetzt werden, daß die Heimfahrt noch am
selben Abend nach allen Richtungen möglich ist. Die Preise
erhalten auf die jeweiligen Tagespreise einen Nachschuß
von 30 Prozent; dadurch sollen die Mehrauslagen, die dem
auswärtigen Besuchern durch die Bahnfahrt entstehen, ein-
ermäßigt ausgeglichen werden. Die Eintrittskarten werden
den Mietern in vier Sendungen zu je vier Karten durch Post-
nachnahme zugestellt. Schriftliche Bestellungen werden in
der Zeit von 1. bis 15. Juli nach der Klasse des Großen Hauses
mitgenommen.
Die Sonderzüge sind zu lösen. Wie mitgeteilt, mußte der
am 14. Juni geplante Sonderzug Stuttgart-Berlin mit ver-
billigten Fahrpreisen wegen zu geringer Beteiligung aufge-
geben werden. Nun erzählt man aus Berlin, daß auch dort
die Sonderzüge nach Stuttgart und Karlsruhe aus dem gleich-
en Grund unterbleiben werden. Dagegen wird derjenige
von Berlin nach München zur Ausführung gelangen. Hier ist
es vor allem das Gebirge und wohl auch Oberammergau,
sowie die deutsche Gewerbeschau in München, was trotz aller
hohen Preise so viel Reisende in Bewanung setzt, daß ein
Sonderzug sich lohnt.
Stuttgart, 15. Juni. Trauergeläute für Ober-
schlesien. Der evangelische Oberkirchenrat hat angeord-
net, daß an dem Sonntag nach der amtlichen Hebräer-
polnisch-Oberschlesien eine Ansprache verlesen werde und nach
dem Gottesdienst ein halbstündiges Trauergeläute statfinde.
Einheitskurzbrief. Die süddeutschen Sachverständigen
haben sich gütlich über den Entwurf der Vereinigung der
Kurzbriefstellen von Gabelberger und Stolze-Schrey aus-
gesprochen. Der mit der endgültigen Abfassung betraute Aus-
schuß wird Anfangs Juli in Berlin zusammentreten.
Die Verteilung des Zuckers. Im Reichsernährungs-
ministerium wurde eine Versammlung von Zuckerinteressen-
ten abgehalten. Die Zuckervorräte seien so zusammengeschmolzen,
daß auf den Kopf der Bevölkerung nur noch 300 Gramm
verfügbar sind. Nach längerer Aussprache wurde dem Bäder-
gewerbe und der Warmbade-Industrie noch eine kleine Zu-
stellung Inlandszucker zugestanden, die Schokoladen- und
Schnaps-Industrie wurde auf den Auslandszucker verwiesen.
— So geschick hätte man doch vorher sein können. In Berlin
lebt ein Ulmer Spatz.
Stuttgart, 15. Juni. Fälscher und Hehler. Der
Steindrucker Christian Gohl von Degerloch und der Chemi-
graph Wilhelm Buda von Stuttgart fertigten falsche Ziga-
rettensteuerzeichen im Wert von 1 920 000 Mark an
und verteilten sie durch zahlreiche Helfer und Hehler an Ge-
schäftsleute und Fabrikanten, besonders an eine solche in Kreuz-
nach. Ein großer Teil der Fälschungen konnte noch beschlag-
nahmt werden. Die Strafammer verurteilte Gohl zu 9
Bund zu 6 Monaten, den Angeklagten Buda zu 1 Jahr Gefä-
ngnis, mehrere andere erhielten geringere Freiheitsstrafen.
Verurteilung. Seit 12. Juni 1922 ist nach Verurteilung
von etwa 600 000 .K zum Nachteil der Eisenbahnverwaltung
aus Stuttgart klaglich der Eisenbahnsekretär Karl Reiß, geb.
22. Mai 1892 in Stuttgart, bisher wohnhaft in Juffenhäuser-
Fluchtstr. 11 ist unbekannt. Reiß ist etwa 1,68 Meter groß,
sehr schlank und borklos, hat mageres, bleiches Gesicht, kurz-
gestrichelte Kopfhare mit Stirngläse. Man sahndet
nach ihm.
Kirchheim n. L., 15. Juni. Umsatzsteuerhinter-
ziehung. Das Landesfinanzamt Stuttgart hat die Brenn-
weinhandlender Hermann, Karl und Friedrich Beller in Dingen
wegen verurteilter Umsatzsteuerhinterziehung mit je 12 000
Mark Geldstrafe belegt.
Gmünd, 15. Juni. Die Nacht. Bei Reichenbach wurde
an der Straße nach Reichenberg die in einer kleinen Kiste be-
findliche Holzfigur, den Hl. Christophorus darstellend, gestoh-
len. Der Gegenstand hat hohen Wert.
Calldorf, 15. Juni. Erkantete Beilwe. Die Unglück-
liche, die sich in Fichtenberg vom Zug hat überfahren

lassen, ist nunmehr als die 22jährige Sophie Wacht von
Winnenden festgesetzt, und von den Verwandten erkannt
worden. Sie hat sich schon am letzten Freitag von zu Hause
entfernt und scheint im Zustand geistiger Unmachtung oder
Schwermut gehandelt zu haben.
Isny, 14. Juni. Holzversorgung. Die Quad-
lrat-Isnyer Ständeherrschaft hat bei der Brennholz-
zuteilung an die Stadtgemeinde eine Verbilligung von über
20 000 .K einreichen lassen, die Kleinrentnern und anderen
Bedürftigen der Stadt zugute kommen sollen. Die Waldburg-
Zeitliche Ständeherrschaft wird ebenfalls derartige Vergün-
stigungen gewähren und die Stadtgemeinde selbst hat eine
Holzzuteilung beschlossen.
Handelsnachrichten
Dollar Kurs am 15. Juni: 211.00 Mark.
Die Bank von England hat den Diskont von 4 auf 3 1/2 v. H. herabgesetzt.
Woll-Lieferungen. Aus dem Fränkischen wird berichtet, daß
mit der Ablieferung von Wolle bereits begonnen wurde. Die bis-
her gezahlten Preise stellen sich zwischen 10 000—12 000 .K der
Zentner.
Röhrgarn. Die Vertriebsgesellschaft deutscher Baumwoll-Röh-
r-fabriken hat die Preise um etwa 5 v. H. herabgesetzt.
Preisrückgänge. Mit Berechnung vom 1. Juni ab werden die
Verkaufspreise der Vereinigung deutscher Eisenerz-Fabriken um
10 v. H., die des Verbandes deutscher Sachmehrbereiter um
30 v. H. erhöht.
Schlachtviehmarkt Stuttgart, 15. Juni. Dem Donnerstagmarkt
am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 80 Ochsen, 25 Wallen,
200 Jungkälber, 254 Jungschinder, 276 Röhre, 339 Kälber, 1331
Schweine, 82 Schafe, 3 Ziegen, die alle verkauft wurden. Erlös
wurde auf je 1 Zentner Lebendgewicht: Ochsen 1: 2700—2900,
2: 2000—2500, Bullen 1: 2500—2700, 2: 1900—2200, Jungkälber
1: 2700—2950, 2: 2300—2500, 3: 1900—2200, Röhre 1: 1900 bis
2250, 2: 1400—1600, 3: 800—1200, Kälber 1: 3200—3400, 2: 2900
bis 3100, 3: 2650—2750, Schweine 1: 4300—4400, 2: 4000 bis
4300, 3: 3750—3850 .K. Verkauf des Rindvieh: bei Großvieh lang-
sam, Kälbern mäßig belebt, Schweinen lebhaft.
Wetter-Bericht
Der Hochdruck macht in Süddeutschland weitere Fortschritte
am Samstag und Sonntag ist trockenes und wärmeres Wetter zu
erwarten.
Legte Drahtnachrichten.
Vom Landtag.
p Auf der Tagesordnung der auf nächsten Dienstag
nachm. 4 Uhr aberaumten Vollziehung des Landtags stehen
zunächst 12 kleine Anfragen, ferner vier große Anfragen,
sodann das Personalergänzungsgesetz, die erste Beratung
eines Gesetzesentwurfes über Gewährung eines Darlehens an
die Schwab. Hüttenwerke G. m. b. H. in Stuttgart, die
Änderung des Beamtenbesoldungsgesetzes für Körperlich-
beamte, schließlich die erste Beratung des Entwurfes eines
Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuergesetzes.
Der Reichsgerichtliche Ausschuß des Landtags befahte sich in
seiner gestrigen Sitzung mit einer Beschwerde des „Deutschen
Vertrins für Gesundheitspflege“ gegen die Verweigerung der
Genehmigung eines Grundstückskaufs in Kirchheim n. L. durch
die Kreisregierung und das Ministerium des Inneren. Die
Beschwerde wurde auf Antrag des Berichterstatters Dr. Schott
(BB.) nach eingehender Besprechung als ungenügend, weil
unbegründet, zur Zurückweisung im Landtag erklärt. Für die
Behandlung einer Beschwerde der ehemals. Hilfswachmeister
der Beamtenkassen der Ordnungspolizei Gmünd gegen ihre
strafweise Entlassung aus dem Dienst wurde der Abg. Küber
als Berichterstatter aufgestellt.
Deutscher Reichstag
Berlin, 15. Juni.
Nach Erledigung einer Anzahl kleiner Anfragen stimmte
gestern der Reichstag dem Gesetzentwurf, durch den die Geld-
strafen in der Reichsversicherungsordnung und der Ange-
stellten-Versicherung auf den zehnfachen Betrag erhöht wer-
den, in allen drei Lesungen zu und überließ den Entwurf
über die weitere Entlastung der Gerichte, das heißt die Aus-
dehnung der Zuständigkeit der Amtsgerichte, dem Rechts-
ausschuss. Sodann wurde die zweite Beratung des Reichs-
wohlfahrtsgesetzes fortgesetzt. Nach ausgedehnter Debatte
wurde schließlich der grundlegende § 1 und dann der Rest
des Gesetzes in der Fassung des Ausschusses angenommen
und sofort auch in dritter Beratung. Das Gesetz tritt am 1.
April 1924 in Kraft. Zum Schluß übermies das Haus den
Gesetzentwurf über die Zulassung der Frauen zu den Beamten
und Berufen der Reichspolizei dem Rechtsausschuss und ver-
legte sich dann auf Freitag nachmittags 2 Uhr.
Die Getreidemängel vom Reichswirtschaftsrat angenommen
Berlin, 15. Juni. Im Reichswirtschaftsrat sagte Reichs-
ernährungsminister F e h r, die heutige Ernte werde geringer
sein als die vorjährige, man sei daher genötigt, einen Teil
der Ernte öffentlich zu verwalten. Das bedeute für die
Landwirtschaft wohl ein Opfer, aber auch andere müssen Opfer
bringen, wie die Besitzer von Kohlengruben, die Stahlfab-
rikation und die Hausbesitzer. Der an die Landwirte zu
zahlende Preis müsse die Erzeugungskosten und einen ange-
messenen Nutzen enthalten. Es sei noch die Frage, ob dabei
der innere Wert der Wark oder Teuerungszahlen die Grund-
lagen bilden sollen. Eine Kommission von 20 Personen werde
den Preis festsetzen. Die Landwirtschaft werde der Umlage
sehr freundlich gegenüberstehen, aber man müsse wenigstens
versuchen, sie dahin zu bringen, daß sie die Umlage nicht
würde. Das Brot müsse zu einem für die Allgemeinheit er-
schwinglichen Preis geliefert werden können; der Weltmarkt-
preis sei unmöglich. Mit geringer Mehrheit nahm der
Reichswirtschaftsrat den Gesetzentwurf an mit dem Vorbe-
halt, daß die Zustimmung gegenüber einzelnen Bestimmungen
von ungewisser Bedeutung freies Hand behalten.
Der Reichswirtschaftsrat stimmte auch der Zwangsanzlei
zu mit der Bedingung, daß Vermögen bis 20 000 .K doppelt
befreit bleibe.

Neue Steuern
Berlin, 15. Juni. Das Reichsfinanzministerium arbeitet
zurzeit wie eine Konferenz mittelst Pläne für neue
Steuern aus und zwar soll es sich in erster Linie um eine
Erhöhung der Umsatzsteuer auf die von der Regierung
ursprünglich geplante Höhe handeln. Ferner soll eine aber-
malige Erhöhung der Kohlensteuer in Frage kommen.
Verschiedene direkte Steuern sollen ebenfalls erhöht, d. h.
der eingetretene Geldwertverlust angepöft werden.
Doch eine kleine Anleihe?
Berlin, 15. Juni. Wie die „Dena“ erfährt, wird der Ba-
seler Garantenausschuss der Reichsregierung einen Vorschlag
der Entschädigungskommission überbringen, wonach zur
Abdeckung der nächsten Zahlungsschwierigkeiten des laufenden
Jahres und zur Verhütung eines weiteren Sinkens des
Marktkurses Verhandlungen über eine „Kleine“ Anleihe aus
Amerika begonnen werden sollen. Als Sicherheit sollen die
deutschen Privatguthaben in Amerika dienen, die in Paris
auf 750 Millionen Goldmark geschätzt werden. Die Anleihe
könnte also immerhin etwa drei Milliarden Goldmark er-
bringen.
30 Milliarden für Gehaltsaufbesserungen
Berlin, 15. Juni. Eine Nachrichtenstelle meldet, wegen
der fortschreitenden Teuerung sei eine neue Erhöhung der
Beamtengehälter und Arbeiterlöhne von der Reichsregierung
vorbereitet, deren Betrag sich auf 30 Milliarden Mark be-
läuft. Im Zusammenhang damit werden auch die Eisen-
bahn- und Postgebühren eine starke Erhöhung erfahren.
Die Hilfe für die Presse
Berlin, 15. Juni. Nach einer Wärttermeldung wird die
Reichsregierung noch vor den Sommerferien des Reichstags
ein Gesetz vorlegen, das für die notleidende Presse eine Unter-
stützung von 500 Millionen Mark vorseht. Die Unterstützung
soll unter die Zeitungen nach der Höhe des Papierverbrauchs
verteilt werden.
Wiederherstellung des Eigentumsrechts in Russland
Berlin, 15. Juni. Die „Tägl. Rundschau“ berichtet aus
Moskau, der Rat der Volkskommissare habe durch eine Ge-
setzgebung das Eigentumsrecht für Privatpersonen, Ge-
sellschaften und Vereine in Sowjetrußland wieder herge-
stellt und das Recht des Bezuges und der Befreiung wieder
eingeführt. — Davon, daß die bestohlenen und ausgeraubten
Privatpersonen entschädigt werden sollen, wird nichts ge-
meldet.
Die Einschränkung beginnt
Paris, 15. Juni. Die Entschädigungskommission hat unter
dem 14. Juni an die Reichsregierung eine neue Note ge-
richtet und mitgeteilt, daß der nach Berlin abgehende Garanti-
enausschuss über folgende Punkte verhandeln werde:
1. Überwachung der Einnahmen und Ausgaben des Reichs.
2. Mißbrauchsüberwachung der Kapitalausfuhr. 3. Erhebung verschiedener
Art. Die Entschädigungskommission wolle das Ergebnis
dieser Verhandlungen zunächst abwarten. Bezüglich der
Zwangsanleihe erwarte die Kommission, daß bis 1. Januar
1923 mindestens 40 Milliarden Einnahmen erzielt seien.
Die Kommission vermittele in dem von der Reichsregierung
vorgeschlagenen Plan ergänzende Einnahmen des Reichs zur Deckung
der Fehlbeträge der Post und Eisenbahn, und sie erwarte
dabei bestimmte Vorschläge von der Reichsregierung. Um
die Unabhängigkeit der Reichsbank herzustellen, müsse nicht
nur die Bank selbst unabhängig sein, sondern sie müsse auch
ein „unabhängiges Personal“ haben. Bei der Bestellung des
Präsidenten und des Kassierers der Reichsbank habe sich
daher die Reichsregierung auf ein einfaches Einspruchsrecht zu
beschränken und den Aktionären volle Freiheit bei der Wahl
zu lassen. Die Berechtigung der Reichsbank, Banknoten
gegen Schatzanweisungen der Reichsregierung auszugeben,
müsse aufhören und die Regierung müsse schon jetzt die ver-
nünftige Begrenzung der Papiergeldausgabe durch ein Ge-
setz vorbereiten, andernfalls wäre zu befürchten, daß die dem
deutschen Volk auferlegenden Lasten zur Verminderung des
schwebenden Schulden ihren Zweck verfehlen.
Der französische Senat gegen die Sachlieferungen
Paris, 15. Juni. Der Senat hat der Regierung eine Ent-
scheidung übergeben, in der verlangt wird, daß die sogenann-
ten Sachlieferungen Deutschlands auf Kohlen, Holz und Beize-
stoffe beschränkt werden. (Im Senat sitzen vornehmlich die
großen Herren der Finanz und der Industrie, das erklärt
diese Entscheidung).
Die Konferenz im Haag
Paris, 15. Juni. Die französischen Vertreter für die Kon-
ferenz im Haag sind heute abgereist. Nach Wärttermeldungen
sollen die Vorbereitungen für die Konferenz noch fort im
Lauf sein. Am 14. Juni war noch nicht einmal die Ta-
gesordnung für die Sitzung am 15. Juni festgesetzt.
Argentinische Viehlieferungen nach Deutschland.
Buenos-Aires, 15. Juni. Ein Vertreter der argentin-
schen Regierung unterzeichnete unter Vorbehalt der Zustim-
mung seiner Regierung einen Vertrag, in dem sich Argenti-
nen verpflichtet, jährlich einem deutschen Syndikat 50 000
Stück Vieh und 60 000 Tonnen Gefrierfleisch zu liefern. Die
Gegenleistung soll in Waren erfolgen.
Legte Kurzwelbungen.
Hugs Sinnes soll, wie „Telegraph“ meldet, im Haag
eingetroffen sein.
Die im Rahmen der deutschen Kampfspiele veranstaltete
Deutsche Sportausstellung in Berlin wurde Donnerstag vor-
mittags von Staatssekretär Bewald eröffnet.
Die nach dem im Rotatorium für 1922 aufgestellten
Zahlungsplan am 15. Juni fälligen 50 Millionen Goldmark
sind der Reparationskommission ordnungsmäßig überwiesen
worden.
Die deutsche Kohlenversorgung ist trotz erhöhter Einfuhr
aus England aufs neue in ein kritisches Stadium getreten.
Die Eisen-Agentur demontiert offiziell die englischen
Verhandlungen über den bevorstehenden Abschluß eines englisch-
italienischen Wirtschaftsabkommens.

Die Reichsregierung hat beschlossen, beim Ankauf von Auslandswechsels für die Entschädigungszahlungen einen gewissen Dollarkurs nicht mehr zu übersteigen. Wie verlautet, soll der Kurs von etwa 300 Mark für den Dollar als Höchstgrenze angenommen werden. Die Wechsel für die Zahlungen vom 15. Juni wurden zu niedrigerem Kurs vom Reich angekauft.

Wie Savas meldet, soll die englische Regierung dem früheren Ministerpräsidenten Briand zugesagt haben, sie werde es als Grund für eine Verlängerung der Beilegung des Rheinlands betrachten, wenn Deutschland mit seinen Zahlungen der Entschädigung oder der Befahrungskosten im Rückstand bleibe.

Der neue japanische Minister des Äußeren Uchida teilt der Presse mit, sobald in China und in Sibirien wieder geordnete Zustände herrschen und China eine einige und feste Regierung habe, werde Japan seine Truppen zurückziehen. — Das hat Japan nun schon einige Dutzendmal versprochen, aber es hat auch immer selbst dafür gesorgt, daß die Anordnung nicht aufhöre und China die „einige“ und feste Regierung nicht bekam.

Bei Schanhaiwan an der chinesisch-mandschurischer Grenze ist seit einigen Tagen eine heftige Schlacht im Gang.

Zur Reichsfinanzministerium wird eine Erhöhung der Umsatzsteuer und der Kohlensteuer erwogen.

Familiennachrichten

Verstorben: Gertrud Häfker, Tochterlein des Hauptlehrer Häfker in Wühlbach, 11 Jahre alt.

Nagold.

2224

Freiwill. Feuerwehr.

Am Samstag, 17. 6., abends 7 Uhr rückt das

III. Wachkommando

am Sonntag, 18. 6., früh 7 Uhr das

IV. Wachkommando

zur Übung aus.

Warteten beim Wagon in der Burgstraße.

Das Kommando.

Nagold.

2222

Lichtspielhaus z. „Löwen“.

Ab Freitag u. Samstag 8.15

Ein Weib der Wüste

Ein Drama aus dem Orient in 5 Akten

sonst

Luftspiel

in 3 Akten.

Sonntag 2.30, 4.30 u. 8.15.

NB. Die Preise sind dieselben wie vorher, nicht höher, wie Herr Rektor in seinem Eingangsbrief erwähnt.

Baumburkunden

für Zimmermannsarbeiten

vorrätig bei

G. W. Zaiser

Buchdruckerei

Suche einige tüchtige selbständige

Möbelschreiner

für polierte Arbeiten bei höchster Präzision.

E. Bihler

Effingen O.B. Nagold.

Tauschwohnung.

In Nagold oder Umgebung wird eine gut bürgerliche Wohnung von 4—5 Zimmer und Zubehör zu tauschen gesucht, gegen eine Wohnung in Stuttgart mit 5 Zimmern. Umzug Anfang Juli.

Angebote unter W 13 322 an

Chr. Pfeiffer, Aktien-Gesellschaft
Stuttgart, Schulstrasse 17.

2210

Günzburgen.

Ein tüchtiger

Pferdeknecht

zur Landwirtschaft, nicht unter 20 Jahren, findet Stelle bei

Fohnacht, Mühlebesitzer.

Radfahrerverein „Wanderer“ Vollmaringen

hält am

Sonntag den 18. Juni 1922 seine

Bannerweihe



verbunden mit
**Breiskorso,
Straßenrennen
und
Reigenfahren.**



Beginn der Rennen 5.30 vorm.
Aufstellung des Festzuges 12.30 mitt.
Begrüßungsansprache und Enthüllung des Banners 2.30 nachm.
Reigenfahren 3.00
Preisverteilung 5.30

Festbankett im Gasthof z. „Engel“

8.00 nachm.

Karussell und Schiffshaukel auf der Festwiese.

Der Fest-Ausschuß.

2223

Achtung Zimmerleute!

Südd. Hallenbau G. m. b. H. Nagold

sucht:

1 selbständigen Platz- oder Gruppenpolier,

1 „ Montagenpolier

20 gewandte, tüchtige Zimmerleute

für fortlaufende planmäßige Arbeiten. Gute Bezahlung.

Zu melden: 2217

Bauwerkmeister Kaupp.

Jüngeres Fräulein

für leichte Büroarbeiten zum sofortigen Eintritt gesucht. Stenographie und Maschinenschreiben Bedingung.

Schriftliche Angebote sind zu richten an

2213 Metallwarenfabrik Nagold G. m. b. H.

Erstklassige, neue und gebrauchte

Schreibmaschinen

der Systeme Adler, Stoover, Mercedes, Torpedo, Kappel, Regina, Senta u. Erika sofort ab Lager preiswert lieferbar

2171 **Louis Schleh, Bürobedarfsartikel**

Freudenstadt. Telefon 27.

Gebrauchte Maschinen werden in Zahlung genommen.

Staatslotterie

Zieler 1. Klasse

22. u. 23. Juni 1922

2 mal 2 1/2 Millionen

6 mal 1 Million Mark

6 mal 1/2 Million Mark

1 Achtel 1 Viertel 1 Halbes 1 Ganzes Los

15.00 31.20 62.40 124.80 je Klasse

75.— 150.— 312.— 624.— alle Klassen

Anteiliger Plan kostenlos. Bestellen Sie sofort!

Tetraer Württ. Lotterie

Stuttgart, Friedrichstraße 95

Postcheckkonto Stuttgart 8540

Nagold.

Dr. Ulmer verreist

2221

bis 1. Juli.

Teigwaren

(breite und schmale Nudeln und Hörnchen)

in bestem Fabrikat.

Berg & Schmid.

2174

Achtung!

Heute Freitag und Samstag
billiger prima Limburgerkäse

Preis 38 M.

Gemüse-, Obst- u. Käsehandlung Ziegler, Nagold.



Geißfuß-Pfropfmesser „Arbor“
einfachste Handhabung, unbedingt sicherer Erfolg für Stoß und Jag. Unterlage und Edelholz.

A. Schweikart, Gartenwerkzeuge,

2215 Zuffenhausen, Württg.

Bitte ausschneiden!

Nagold. 2211

Ca. 10 Mr Wiese

auf Reuwieler und eine

Halde

am Schloßberg verpachtet

Samstag abend 8 Uhr bei

Wirt Stadl.

Konr. Deuble, Heizer.

Emmingen.

2 gut erhaltene 2219

Ziehharmonikas

2- und 3stimmig.

hat zu verkaufen

Haus Nr. 1.

Kammerjäger und Kalkenjäger

Wiedhüchter

alter erfahrener Fachmann ist

wieder in Nagold und Um-

gebung und vertreibt radikal

unter schriftlicher Garantie

Ratten, Mäuse und sämtliche

Ungeziefer. Bestellungen

erbitte man in der Geschäfts-

stelle dieses Blattes. 2218

2080

Bestellener bei G. W. Zaiser.

Tüchtiger

Klavierstimmer und Reparatur

empfiehlt sich für Nagold

und Umgebung.

Fritz Gutekunst

Haiterbach

beim Schulhaus. 2008

Gute Bücher

mitgeteilt u. zu beziehen durch

G. W. Zaiser Buchhandlung

Nagold.

(Alle Preise unverbindlich.)

Am Lebensquell. Ein M

Handbuch, geschichtl.

Urgeschichte 30.—

Diktier, Schiller-Büch-

lein, Landschafts-Sch-

neren für jedermann 6.—

Chäter, Briefe aus

meinem Kloster 77.—

Knapp, Michael Gud-

winthaus, Der Roman

eines religiösen Men-

schen 47.—

Matz, Welche Werte

habe ich nach dem

Reichsmietengesetz zu

zahlen oder zu erhal-

ten? Ein Leitfaden

für die Praxis 8.—

Ott, Christl. Volkser-

neuerung durch die

Erlehnungen I, Feld 22.—

Röhl, Geschichte der

deutschen Dichtung 32.—

Schridel, Gedwip und

Bernhard. Ein Jdyl 42.—

Sieben Seiten bei Ver-

derb. 18. Eine War-

narre f. vogl. Chiffren

1.25

Steinmüller, Seid-

schreiben an das

deutsche Volk: Kultur-

den merung 50.—

Vortisch, Mutter und

Kind. Ein Herz i Rot-

geber f. junge Frauen 17.50